

# EXKURS: ZUR POLITISCHEN ROLLE DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

## Hartz IV vor dem Bundesverfassungsgericht

1 **Bericht** An Vorschlägen zur Reform der Arbeitsmarktregeln Hartz IV mangelt es derzeit (*Anfang 2010*) nicht. Selten war eine Gesetzesänderung so umstritten wie die „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. (...) Doch die wirklich entscheidenden Impulse werden wohl (...) aus Karlsruhe (*kommen*).  
 5 Dort prüft das Bundesverfassungsgericht schon seit der mündlichen Verhandlung im Oktober 2009 die komplizierten Regelungen. (...) Dabei bereiten die Karlsruher Verfassungsrichter einen Rundumschlag vor. Gleich zu Beginn der Verhandlung kündigte der  
 10 Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier an, dass nicht nur die Regelsätze für Kinder zur Disposition stünden. (...) Zum ersten Mal beschäftigten sich die Richter sowohl mit dem sachlichen Gehalt des Existenzminimums als auch mit dem Inhalt und den  
 15 Grenzen des gesetzgeberischen Ermessens bei der Gestaltung von Sozialleistungen, betonte Gerichtspräsident Papier. (...)

Hintergrund der höchstrichterlichen Überprüfung sind drei Verfahren, die derzeit vor dem Hessischen Landessozialgericht und vor dem Bundessozialgericht anhängig sind. Beide  
 20 Gerichte kamen zu der Auffassung, dass die Regelungen über die Höhe der Zahlungen an Kinder verfassungswidrig sind. Sie rügten, dass der Gesetzgeber für Kinder lediglich eine Staffe- lung von 60, 70 oder 80 Prozent der Unterstützung für Erwachsene vorsieht, anstatt den tatsächlichen Bedarf zu  
 25 ermitteln. Danach bekommen derzeit Kinder bis fünf Jahre 215 Euro, zwischen sechs und 13 Jahren 251 Euro und vom Beginn des 15. Lebensjahres an 287 Euro. Darüber hinaus erhalten Schüler inzwischen eine jährliche Einmalleistung in Höhe von 100 Euro, mit denen Schulmaterialien gekauft wer-  
 30 den können. Ehegatten oder Partner erhalten ebenfalls nicht den vollen Satz, sondern 323 Euro (*90 Prozent*). Im Gegensatz zum Bundessozialgericht hält das Hessische Landessozialge- richt darüber hinaus auch die Höhe des Grundregelsatzes selbst für verfassungswidrig.  
 35 In dem Verfahren versuchte die Bundesregierung, die unter der Führung des Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit und



Foto: dpa

**Die Eröffnung der mündlichen Verhandlung** zum Rechtskomplex „Hartz IV“ vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe am 20.10.2009. Hintergrund des Verfahrens waren Klagen von drei Familien aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen gegen die Hartz IV-Sätze für Kinder.

## Der Sozialstaat im Lichte der öffentlichen Meinung

**Umfrage** Zum 60-ten Geburtstag des Grundgesetzes im Mai 2009 stellt die Konrad-Adenauer-Stiftung die Ergebnisse einer (wiederholt) durchgeführten Repräsentativbefragung zum Demokratieverständnis der deutschen Bevölkerung und zur Bedeutung sozialstaatlicher und marktwirtschaftlicher Werte vor. Die Befragten\* sollten dabei bestimmte Statements nach der Wichtigkeit bewerten, die sie ihnen persönlich beimessen (Ist mir: besonders wichtig – eher wichtig – eher unwichtig – unwichtig). Nachfolgend das Werteprofil, das sich dabei ergab – anhand der Zustimmungswerte\*\* mit Vergleichszahlen von 2005 und der Möglichkeit eines Ost-West-Vergleichs.

Aussagen	Gesamt		Ost				West			
	„besonders wichtig“		„besonders wichtig“		„bes. wichtig“ / „eher wichtig“		„besonders wichtig“		„bes. wichtig“ / „eher wichtig“	
	2009	2005	2009	2005	2009	2005	2009	2005	2009	2005
Dass alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben	85	81	86	84	99	99	85	81	99	98
Dass man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	77	67	63	57	97	93	72	68	97	96
Dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	59	32	66	42	95	86	57	30	92	79
Dass soziale Unterschied möglichst gering gehalten werden	53	42	59	47	89	86	51	41	89	83
Dass es eine freie Marktwirtschaft gibt	48	44	36	35	83	84	52	47	93	91
Dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt	44	28	48	33	87	86	43	27	88	83

© Grafik: Wochenschau Verlag

\* Umfrage durchgeführt vom 17.-19. März 2009 von Infratest dimap; 1292 Wahlberechtigte (davon 776 in den alten, 516 in den neuen Bundesländern – Gesamtergebnisse proportional gewichtet)

\*\* Fehlende Werte zu 100 Prozent = andere Angaben

! Daten nach: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Demokratieverständnis in Deutschland (Auswertung: Viola Neu). Sankt Augustin 2009, S. 13-14 !

## Aussagen zu Marktwirtschaft und Sozialstaat nach Parteianhängerschaft (2009)

Aussagen	CDU/CSU		SPD		FDP		Linke		B90/Grüne	
	besonders wichtig	bes./eher wichtig	besonders wichtig	bes./eher wichtig	besonders wichtig	bes./eher wichtig	besonders wichtig	bes./eher wichtig	besonders wichtig	bes./eher wichtig
Dass man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	83	98	78	99	80	99	74	85	61	93
Dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	52	94	67	94	42	78	79	97	48	90
Dass es eine freie Marktwirtschaft gibt	54	97	48	88	51	95	44	85	43	83
Dass der Staat in der Marktwirtschaft für soz. Ausgleich sorgt	39	86	50	91	26	80	60	91	42	90

© Grafik: Wochenschau Verlag

\* Fehlende Werte zu 100 Prozent = andere Angaben

! Daten nach: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Demokratieverständnis in Deutschland. A.a.O., S. 17-18 !